

Abstimmung

Übereinkommen Schengen & Dublin

Um was es geht

Ziel der Übereinkommen von Schengen (Justizzusammenarbeit) und Dublin (Asylkooperation) ist es, die internationale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in der grenzüberschreitenden Bekämpfung von Kriminalität und der Zusammenarbeit im Asylwesen zu regeln. Insgesamt sind bereits 27 Staaten – auch die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und Island – an die koordinierte europäische Sicherheits- und Migrationspolitik angeschlossen.

Schengen

Was wird geändert?

Das Schengen-Abkommen will die systematischen Personenkontrollen an den jeweiligen Landesgrenzen der Mitgliederstaaten des Schengen-Vertrages abbauen, um einen möglichst freien Reise- und Geschäftsverkehr zu ermöglichen. Um die Sicherheit weiterhin zu gewährleisten, werden dafür die Schengen-Aussengrenzen stärker kontrolliert, die Polizeizusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Abkommen verbessert, sowie im grenznahen Raum mobile Personenkontrollen intensiviert.

Da die Schweiz nicht Mitglied der Zollunion wird, bleiben die Warenkontrollen an den Grenzen bestehen. Da nur verdachtsunabhängige Kontrollen verboten sind, können Schweizer Zöllner auch weiterhin auffällige Personen jederzeit kontrollieren. Bereits heute werden von rund 700'000 täglichen Grenzübertritten nur 3% der Personen eingehend überprüft. 40% der Grenzkontrollen sind bereits heute mobil und nicht mehr an der unmittelbaren Grenzlinie. In besonderen Risikosituationen (z.B. WEF-Treffen) sind auch künftig systematische Kontrollen an der Grenze möglich.

Ziel von Schengen ist auch eine bessere Zusammenarbeit der Polizeibehörden der Vertragsstaaten. Wichtigstes Instrument dabei ist der Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS), einer online Fahndungsdatenbank. Die Datenschutzbestimmungen der Schweiz werden dabei eingehalten.

Neben einer intensiveren Polizeikooperation wird auch die Rechtshilfe in Strafsachen erleichtert. Das Schweizer Bankgeheimnis wird dabei nicht tangiert. Denn durch eine spezielle Vertragsklausel (opting-out) im Bereich der direkten Steuern konnte die Schweiz das Bankgeheimnis vertraglich sichern. Die unbefristete Ausnahme garantiert der Schweiz auch bei einer Weiterentwicklung des Schengen-Rechts das Bankgeheimnis.

Schengen führt ebenfalls zu einer einheitlichen Visapolitik für Kurzaufenthalte (typische Touristenvisa) in den beteiligten Staaten. Die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch der Behörden bei der Visaerteilung stellt sicher, dass Personen, die z.B. in der Schweiz unerwünscht sind, auch nur dann ein Schengen-Visum erhalten, wenn die Schweiz dem zustimmt.

Eine weitere Änderung durch das Schengen-Abkommen betrifft das Schweizer Waffenrecht. Neu gelten einheitliche Mindestregeln: So muss z.B. beim Kauf einer Waffe ein Grund angegeben werden. Nicht tangiert ist aber die persönliche Militärwaffe. Es wird weder ein Waffenregister eingeführt noch die Regelungen zur Jagd oder zum Schützenwesen geändert.

Schengen und Dublin sind Verträge, die laufend angepasst werden können. Die Schweiz muss bisheriges Recht übernehmen und verpflichtet sich auch, die Weiterentwicklung der Abkommen zu übernehmen. Dies

Zusammenfassung:

Ziel der Vorlage

Durch Schengen und Dublin soll die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung der internationalen Kriminalität sowie dem Asylwesen verstärkt werden.

Wichtigste Änderungen

- Aufhebung der Personenkontrollen an den Schweizer Grenzen, dafür mehr mobile Kontrollen im grenznahen Raum
- Polizeizusammenarbeit (z.B. Zugang SIS-Datenbank) und vereinfachte Rechtshilfe
- Einheitliche Visa-Regeln für Kurzaufenthalte
- Einführung eines europaweiten Asylverfahrens

Vorteile / Pro Argumente

- Mehr Sicherheit durch Polizeizusammenarbeit und moderne Fahndungsmittel
- Schengen-Visa verbessert Chancen des CH-Tourismus
- Bankgeheimnis ist garantiert
- Einsparungen von 80-100 Mio. pro Jahr im Asylbereich, da weniger Mehrfachgesuche
- Schweiz kann den Vertrag kündigen, falls sie neues Recht nicht übernehmen möchte.

Nachteile / Gegenargumente

- Weniger Sicherheit, mehr Illegale durch Aufhebung der Grenzkontrollen
- Schweiz verliert Möglichkeit Asylwesen selber zu regeln
- Die Schweiz kann bei Weiterentwicklung des Schengenrechts nicht mitentscheiden
- Verschärfung der Waffengesetzgebung
- Erster Integrationsschritt in die Europäische Union

geschieht aber nicht automatisch. Die Schweiz kann bei der Weiterentwicklung in einem speziellen Gremium mitreden (so genanntes gestaltetes Mitspracherecht), aber nicht mitentscheiden. Grund dafür ist, dass die Schweiz rechtlich gesehen dem Schengen-Abkommen nicht beitrifft, sondern sich wie Norwegen und Island lediglich anschliesst (assoziiert). Nach einer Änderung des Rechts hat die Schweiz zwei Jahre Zeit, durch einen Schweizer Parlamentsbeschluss dies zu übernehmen. Auch ein Referendum ist möglich. Die Schweiz kann also zu nichts gezwungen werden. Kommen die Schweiz und die anderen Vertragsstaaten bei Vertragsänderungen zu keiner für beide Seiten akzeptierbaren Regelung, so kann der Vertrag im äussersten Fall gekündigt werden. Die Schweiz verliert durch Schengen die Möglichkeit, im Vertrag bereits fixierte Bereiche selbstständig zu ändern.

Verschiedene Positionen

Schengen-Befürworter versprechen sich durch die internationale Zusammenarbeit einen Sicherheitsgewinn für die Schweiz. Ohne den Zugang zu modernen Fahndungsmitteln werde die Schweiz ein Fahndungsloch in Europa. Die Tourismusbranche sieht die Schengen-Visa als wichtige Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Tourismusindustrie.

Schengen-Gegner fürchten offene Grenzen und warnen eindringlich vor einem Sicherheitsverlust. Ein guter Teil der Vorteile von Schengen sei besser durch bilaterale Polizeiverträge und Interpol zu erreichen. Mit der gemeinsamen Visapolitik verliere die Schweiz ihre Selbstbestimmung und die Kontrolle über Einreisebewilligungen.

Dublin

Was wird geändert?

Das Dubliner Erstasylabkommen regelt die staatlichen Zuständigkeiten bei Asylverfahren. Ein Asylbewerber kann in der ganzen Schengen-Zone nur einmal einen Asylantrag stellen. Wird dieser abgelehnt, so kann der Flüchtling in keinem weiteren Schengen-Land mehr ein Gesuch stellen. Durch die Fingerabdruckdatenbank EURODAC können Mehrfachgesuche schnell und kostengünstig erkannt werden. Der für das Asylverfahren zuständige Staat muss den Asylsuchenden zurücknehmen.

Verschiedene Positionen

Das Bundesamt für Migration erwartet Kosteneinsparungen von 80-100 Mio. Franken, da heute schätzungsweise 20% Zweitasyelanträge sind.

Skeptiker glauben nicht an ein Funktionieren dieses Systems und befürchten mehr Asylbewerber, falls die Personenkontrollen an den Grenzen wegfallen. Des Weiteren verliert die Schweiz die Möglichkeit, das Asylwesen selbstständig zu regeln.

Die Parteien empfehlen:

Ja: Parlament, FDP, CVP, SP

Nein: SVP

Literaturverzeichnis:

Eidgenössisches Justiz und Polizeidepartement EJPD (2005). *Dossier Schengen - Dublin*. Abrufbar unter http://www.ejpd.admin.ch/d/dossiers/content/dos_view.php?dosID=schen_d&page=1&topic=Schengen-Dublin

Integrationsbüro EDA/EVD EJPD (2005). *Bilaterale Abkommen II*. Abrufbar unter <http://www.europa.admin.ch/nbv/expl/factsheets/d/schengen.pdf>

Schweizerisches Aktionskomitee gegen Schengen-/EU-Beitritt (2005). *Argumentarium*. Abrufbar unter <http://www.schengen-nein.ch/startd.html>

Economiesuisse (2005). *Dossierpolitik: Ja zu Schengen/Dublin*. Abrufbar unter <http://www.economiesuisse.ch/d/content.cfm?upid=F91554FA-6DE0-4BCB-9E23CE381159E433&type=pdf&filetype=pdf>

Begriffe:

EURODAC:

Abkürzung für eine elektronische Datenbank, in welcher alle Asylbewerber ermittlungsdienstlich erfasst werden. Mehrfachgesuche von Asylbewerbern (Asyltourismus) können so schnell und kostengünstig verhindert werden.

SIS:

Das Schengener Informationssystem (SIS) steht für eine europaweite elektronische Fahndungsdatei. Verzeichnet sind über 13 Mio. Ausweise, Gegenstände und Personen

Migration:

Bezeichnet die Einwanderung und Auswanderung von Personen in ein Land

Assoziierung versus Beitritt:

Rechtlich gesehen tritt die Schweiz dem Abkommen nicht bei, sondern schliesst - genau wie Norwegen und Island - ein so genanntes Assoziierungsabkommen ab. Aus diesem Grund hat die Schweiz auch kein Mitentscheidungsrecht, sondern nur ein Mitspracherecht sowie die Möglichkeit, den Vertrag zu kündigen und damit das neue Schengen-Recht nicht zu übernehmen. Assoziierung kann man auch als Angliederung bezeichnen.

Souveränität:

Ein Staat ist absolut souverän, wenn er in allen Belangen selber und ohne Einwirkung von anderen Entscheidungen treffen kann. Heutzutage ist kaum noch ein Staat in allen Belangen komplett souverän. Menschenrechte, Wirtschaftsabkommen etc. schränken die Entscheidungsmöglichkeiten ein. Neu bei Schengen ist, dass das Recht laufend weiterentwickelt wird und die Schweiz bei der Weiterentwicklung zwar mitreden, aber nicht mitentscheiden kann. Der Vertrag kann jedoch jederzeit aufgelöst werden.